

Below, Fritz

Article — Digitized Version

Die Bauwirtschaft als Teilelement der Gesamtproduktion in Westdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Below, Fritz (1950) : Die Bauwirtschaft als Teilelement der Gesamtproduktion in Westdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 12, pp. 37-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131230>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

und neu zu treffenden Liberalisierungsmaßnahmen, sondern muß sich in logischer Fortführung des Gedankens der Multilateralisierung des Handels ab 1. Februar 1951 auch auf den noch nicht liberalisierten Teil des Handels erstrecken.

Hierbei werden zweifellos auch in Deutschland selbst gewisse Härten auftreten, insofern als es nicht mehr möglich sein wird, von einem Teil der Mitgliedsländer der Zahlungsunion bestimmte Waren hereinzulassen und gleichzeitig ein vielleicht besonders gefährdetes Konkurrenzland von einer solchen Möglichkeit auszuschließen. Andererseits wird sich aber die Durchsetzung dieses Prinzips der freien Konkurrenz auch für Deutschland zu seinen Gunsten auswirken, und zwar nicht nur für seine Ausfuhrchancen, sondern auch binnenwirtschaftlich durch die dadurch mögliche Verstärkung der Rationalisierung und Steigerung der Produktivität einzelner Wirtschaftszweige.

EINHEITLICHER EUROPAMARKT

Ziel dieses von der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeschlagenen Weges ist es, durch die echte freie Konkurrenz unter den ein-

zelnen Lieferanten des europäischen Wirtschaftsraumes zu einem einheitlichen Markt zu gelangen, in dem einstweilen nur noch die Zölle das einzige Mittel bleiben, um Strukturunterschiede in den einzelnen Ländern und damit verbundene berechnete Schutzinteressen auszugleichen. Die bisherigen Erfahrungen dieser Politik haben gezeigt, daß sie eine wesentliche Ausweitung des Außenhandels aller europäischen Teilnehmerländer ermöglichen. Wenn Deutschland beim Hineinwachsen in diesen angestrebten einheitlichen Markt und in sein vergrößertes Außenhandelsvolumen einige Wachstumsschmerzen durchmachen muß, so ist dies noch kein Beweis dafür, daß der eingeschlagene Weg nicht der richtige wäre, sondern zeigt nur, daß es neben der Korrektur einer teilweise etwas übertriebenen Konsumfreudigkeit des deutschen Verbrauchers durch innerwirtschaftliche Maßnahmen vor allem auch erforderlich ist, die deutsche Handelspolitik sinnvoll den neuen Möglichkeiten und Zwangsläufigkeiten der Multilateralisierung des europäischen Handels anzupassen und damit einen eigenen wertvollen Beitrag zur angestrebten Integration der europäischen Wirtschaft zu leisten.

Die Bauwirtschaft als Teilelement der Gesamtproduktion in Westdeutschland

Dr. Fritz Below, Wiesbaden

Die Bauwirtschaft Westdeutschlands in ihrer Betriebsstruktur, Aufgabenverteilung und Leistung kann unter verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet werden. Einmal sind es die belebenden Momente und Wechselwirkungen, die das gewerbliche und wirtschaftliche Allgemeinbild beeinflussen; zum anderen treten gewisse charakteristische Bindungen zur Arbeitsmarktlage hervor. Weiter können die vielseitigen Verflechtungen mit der volkswirtschaftlichen Investitionspolitik, der allgemeinen Spartätigkeit und schließlich mit dem Geld- und Kreditmarkt überhaupt herangezogen werden. Auch das soziale Moment darf nicht übersehen werden; denn die Erfolge der Bautätigkeit stellen einen Beitrag zur Besserung der Lebensverhältnisse weiter Bevölkerungskreise, die durch Krieg und Kriegsfolgen geschädigt wurden. Dagegen verbietet sich eine isolierte Betrachtung und Bewertung von bauwirtschaftlichen Fragen, gleichgültig ob es sich um Kapazitätsüberlegungen, Arbeitsmarktangelegenheiten, Finanzierungsprobleme u. a. handelt; Planungen, die unter derartigen Gesichtspunkten gleichsam im „luftleeren Raum“ angestellt werden, entbehren von vornherein jeder sicheren Grundlage.

ARBEITSKRÄFTE

Der Umfang der Bauwirtschaft im volkswirtschaftlichen Gefüge kann zunächst ungefähr aus dem Anteil ihrer Beschäftigten an der Beschäftigungszahl aller Wirtschaftsgruppen entnommen werden. Mitte 1950 lag der Anteil für die gesamte Bauwirtschaft bei 8,7% (Juni 1950: 880 800 Beschäftigte im Hoch- und Tiefbau,

241 400 im Baunebengewerbe, 75 000 in der Bauverwaltung, Architekturbüros usw., 9 400 in der Schornstein- und Gebäudereinigung). Während des besonders begünstigten Monats September stieg die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten gegenüber Juni 1950 auf 1,33 Millionen und erreichte damit einen Anteil von 9,3% an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Dieser Satz entspricht fast der Quote der unmittelbaren Vorkriegszeit in Deutschland (9,9% — Reichsgebiet Stand 1937), wo eine ausgesprochene Bauwirtschaftskonjunktur durch wehrwirtschaftliche Aufträge vorlag. Aus diesen Gegenüberstellungen geht hervor, daß auf dem Arbeitsmarkt innerhalb einer sich festigenden Volkswirtschaft die anteilmäßigen Sätze der einzelnen Wirtschaftsbereiche gewissen oberen Grenzen zustreben. Zum anderen hebt sich ab, daß allgemeine Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt bei Einschränkungen auf dem Bausektor zahlenmäßig nicht so sehr durch Freisetzungen von Bauarbeitern als vielmehr durch weitergreifende Einflüsse auf andere Gruppen (Verkehrsgewerbe, Baustoffindustrie, Zubehörfertiger usw.) erfolgen¹⁾.

Allgemein gilt die Bauwirtschaft als das große Reservoir zur Unterbringung von Hilfsarbeitern. Diese Annahme ist jedoch für den heutigen Stand der Bautätigkeit nur mit Einschränkungen gerechtfertigt. Auf das Bauhauptgewerbe berechnet, sind von 100 Beschäftigten (nach den Unterlagen der Bauwirtschaftsstatistik — Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) Mitte 1950

¹⁾ s. dazu auch F. Below: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der westdeutschen Bauwirtschaft, Die Bauwirtschaft 33/1950.

7 Inhaber, technische und kaufmännische Angestellte, 43 Facharbeiter (einschl. Poliere und Meister), 42 Helfer und Hilfsarbeiter, 8 Lehrlinge und Umschüler gewesen. Der Anteil der Fachkräfte und der Hilfskräfte hält sich damit ungefähr das Gleichgewicht. Leider fehlen ausreichende Vergleichsmaßstäbe mit fremden Volkswirtschaften, vor allem der Neuen Welt. Es scheint aber nach den wenigen Unterlagen doch so zu sein, daß in Westdeutschland mit fortschreitender Rationalisierung des Bauvorganges ein relatives Zurückgehen der Fachkräfte gegenüber den Hilfskräften möglich ist. Diese Überlegung ist keineswegs nur eine theoretische; bisher hat das vorhandene Kräftepotential (ausreichendes Angebot) derartige Erwägungen gegenstandslos gemacht. Einen Anstoß zu neuen von der betrieblichen Seite kommenden Entwicklungen mag das Bild der zweiten Jahreshälfte 1950 geben, wo in einigen Gebieten der Bundesrepublik bereits Andeutungen über Facharbeitermangel in der Bauwirtschaft zu erkennen waren. Die vorhandenen Reserven im Gesamttraum können aus den verschiedensten Gründen (Überalterung, Wohnsitz in abgelegenen Gegenden, Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbstätigkeit usw.) nicht überall eingesetzt werden. Abgesehen von fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten verbietet auch die starke Saisonabhängigkeit der Bautätigkeit vielfach einen Wohnungswechsel nach Orten mit zeitweilig belebter Bautätigkeit.

**Durchschnittliche
Wochenarbeitszeit und Durchschnittslöhne *)**

Zeitpunkt	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in Stunden	Durchschnittl. Bruttostundenverdienst in Dpf.	Durchschnittl. Bruttowochenverdienst in DM
Baugewerbe			
1949 März	42,7	126,2	53,85
Dezember	43,7	134,5	58,72
1950 März	45,8	134,6	61,60
Juni	46,9	131,4	61,70
Industrie (ohne Bergbau)			
1949 März	45,8	116,1	52,55
Dezember	46,9	121,6	56,97
1950 März	47,2	128,2	58,21
Juni	48,2	124,4	59,91

*) berechnet für die Länder der britischen und amerikanischen Besatzungszone. (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Kennzeichnend für die Bauwirtschaft — und das gilt vor allem für das Bauhauptgewerbe ²⁾ — ist die Tatsache einer ausgeprägten Lohnintensität. Rund 45 % macht der Lohnsummenanteil (Löhne und Gehälter) im Bauhauptgewerbe an den Umsatzwerten aus. Aus diesem Grunde wirkt sich eine durch Investitionen verstärkte Bautätigkeit in Krisenzeiten schnell auf den gesamtwirtschaftlichen Komplex aus. Die Höhe der gezahlten Durchschnittslöhne, wie sie durch die Lohnstatistik vierteljährlich aus der Erfragung eines

¹⁾ Von 100 Beschäftigten in der Bauwirtschaft kamen in der ersten Jahreshälfte 1950 im Bundesdurchschnitt

71 auf Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe);

21 auf Baunebengewerbe;

7 auf Bauverwaltungen, Büros usw.;

1 auf Schornstein- und Gebäudereinigung.

Diese Quoten verschieben sich erfahrungsgemäß innerhalb gewisser Grenzen zum Saisonhöhepunkt und zum Saisontiefstand.

ausgewählten Kreises von Firmen hervorgeht, liegt über dem allgemeinen Industriedurchschnitt (das Baugewerbe ist hierbei im Rahmen der Gewerbegruppen der Industrie bewertet).

Die Gegenüberstellung zeigt deutlich, daß die Wochenarbeitszeit im Durchschnitt beim Baugewerbe (aus der Tätigkeit verständlich) im Vergleich zu der der Industrie geringer ist. Die Durchschnittsstundenverdienste bewegen sich auf einem höheren Niveau als die Durchschnittsverdienste im industriellen Sektor und auch die Bruttowochenverdienste liegen trotz geringerer Wochenarbeitszeit höher. Unter Zugrundelegung dieser Werte kann für Mitte 1950 überschlägig die Summe geschätzt werden, die aus den Lohnzahlungen in der Bauwirtschaft monatlich dem Markt vom Konsumenten her zufließt. Sie bewegt sich zwischen 300 und 350 Mill. DM und macht etwa ein Drittel der in der Industrie gezahlten Löhne aus.

BAUWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION

Im Mai 1950 wurde erstmalig im Bundesgebiet der Vorkriegsstand von 1936 übertroffen, im Juli 1950 ein Indexwert (1936 = 100) von 112 und im September von 117 erreicht. Seit 1949 ist die Entwicklung der Bauwirtschaft etwa mit der Entwicklung in der Industrie dem Produktionsumfang nach gleichlaufend gewesen. Trotz des hohen Wiederherstellungs- und Ersatzbedarfs hat sich — auch unter Berücksichtigung der besonderen staatlichen Maßnahmen auf dem Wohnungsbaugebiet — kein Vorschnellen der Bauwirtschaft erkennen lassen. Im September 1950 blieb die Indexzahl für das Baugewerbe sogar hinter dem Stand der Gesamtindustrie zurück. Aus dieser bisherigen Entwicklung wird deutlich, daß enge Relationen zwischen den Bereichen Bauwirtschaft und Industrie vorhanden sein müssen, die sich nicht willkürlich verändern lassen. Der Zusammenhang wird besonders klar, wenn man nach Einspielen und Ausgleich wirkender und hemmender Faktoren, wie sie in der vorhergehenden Zeit ständig in Erscheinung getreten sind, für einige Monate des Jahres 1950 die einzelnen Produktionssektoren gegenüberstellt.

Indexziffern der industriellen Produktion ¹⁾
(1936 = 100)

Gruppen	Monatsdurchschn. I. Halbj. 1950	1950		
		Juli	August	Septemb.
Gesamte Industrie ²⁾	92	107	114	121
Investitionsgüter (Fertigwaren)	92	114	128	135
Steine und Erden	89	118	117	118
Sägerei und Holzbearbeitung	95	109	109	112
Baugewerbe	94	112	115	117

¹⁾ Index arbeitstätig.

²⁾ einschl. Energie, Genußmittel und Bau.

(Quelle: Statistisches Bundesamt).

Der Bericht des Bundesministers für Wirtschaft: „Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland“ hat in seinen monatlichen Ausgaben verschiedentlich darauf hingewiesen, wo von der Bauwirtschaft her wirkende Anforderungen die Produk-

tionslage einer Gruppe beeinflussen³⁾. Auf der anderen Seite sind aber auch bei einzelnen für die Bautätigkeit wichtigen Erzeugnissen Engpässe zur Zeit des Saisonhöchststandes dieser Gruppe zu erkennen gewesen, zumal die weltwirtschaftliche Lage in der zweiten Hälfte 1950 mit Verknappungen auf den Weltmärkten bei einem erhöhten Rohstoffbedarf der heimischen Produktion Rückschläge brachte. Wir sehen an diesen Erscheinungen, daß die obere Grenze der Produktionskapazität in der Bauwirtschaft auch von der Materialseite her schnell erreicht werden kann, wenn der industrielle Gesamtproduktionsstand eine Ausweitung verbietet.

Die Gliederung der bauwirtschaftlichen Tätigkeit (Bauleistung) nach Bauarten zeigte Mitte 1950 einen Anteil des Wohnungsbaus von etwa 45 % auf. Diese Tatsache verdient hervorgehoben zu werden, weil der Umfang dieser Sparte häufig überschätzt wird. Die in der folgenden Übersicht aufgezeigten Anteile bedürfen insofern einer Erklärung, als es sich dabei um Aussagen von Firmen mit 20 und mehr Beschäftigten handelt. In den unteren Größenklassen liegen die Anteile für den Wohnungsbau verständlicherweise höher, so daß man durchschnittlich mit der obengenannten Quote von 45 % wird rechnen dürfen⁴⁾.

Bauleistungen nach Bauarten Mitte 1950¹⁾
(in %)

Wohnungsbau	38	Öffentlicher Bau	14
(Anteil der Arbeitsstunden für Neubau 77)		(Anteil der Arbeitsstunden für Neubau 62)	
Gewerblicher Bau	28	Landwirtschaftlicher Bau	3
(Anteil der Arbeitsstunden für Neubau 64)		(Anteil der Arbeitsstunden für Neubau 60)	
Verkehrsbau	15	Trümmerbesettigung	2
(Anteil der Arbeitsstunden für Neubau 40)			

¹⁾ Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.
(Quelle: Statistisches Bundesamt).

Die Tendenz der Entwicklung zeigt bei allen Sparten eine Zunahme der Neubautätigkeit an. Innerhalb der einzelnen Bauleistungen hatte sich dagegen zeitlich eine unterschiedliche Ausrichtung ergeben. Wenn man von dem an sich geringen Anteil landwirtschaftlicher Bauten an den Gesamtleistungen (Arbeitsstunden) absieht, so lag Mitte 1950 der Wohnungsbau am höchsten über dem bisherigen Maximum der Bauwirtschaftsleistungen im Oktober 1949. Die Bauleistungen im Verkehrsbau und bei öffentlichen Bauten bewegten sich gegenüber dem gleichen Vorjahresstand in derselben Höhe; die Leistungen für gewerbliche und industrielle Bauten hatten anteilmäßig abgenommen. Die hier sichtbar werdenden Veränderungen sind für eine Beobachtungszeitspanne zugleich das Spiegelbild der vom Geld- und Kapitalmarkt für die einzelnen Projektgruppen her wirksam werdenden Aufschlüsselungen. Bewußt hat die öffentliche Wirtschaftspolitik für 1950 den Wohnungsbau aus sozialen Rücksichten bevorzugt behandelt. Ob aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen heraus diese Praxis in Zukunft weiter beibehalten werden kann, erscheint

³⁾ Der Septemberbericht 1950 weist z. B. darauf hin, daß die Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie ihren Produktionsstand gegenüber August um 11,8 % erhöht hat, was teilweise mit dem steigenden Bedarf des Baugewerbes zusammenhängt.

⁴⁾ S. dazu auch: Das Bauhauptgewerbe im Bundesgebiet im ersten

fraglich. Die wachsende Belastung des Volkseinkommens (Sicherheitsausgaben) muß sich in irgendeiner Form auch auf die Bauwirtschaft und hier vor allem auf den Wohnungsbau auswirken.

DER WOHNUNGSBAU

Bei einem geschätzten Fehlbetrag von wenigstens 4 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet dürfte von sozialen Gesichtspunkten aus die Erstellung von rd. 300 000 Wohnungen im Jahre 1950 und einer weiter vorgesehenen Zahl von jährlich derselben Größenordnung kaum genügen. Auf der anderen Seite verhindern die erwähnten Kapazitätsgrenzen und die zu erwartende Beschränkung der Investitionsmittel, besonders für den sozialen Wohnungsbau, eine erhebliche Ausweitung. Die Belastungen des westdeutschen Wirtschaftsgefüges durch den verlorenen Krieg machen sich eindeutig hier bemerkbar, indem sie die wirtschaftlich Schwächsten am meisten treffen. Daß die gegenwärtig fertiggestellte Zahl von Wohnungen relativ einer oberen Grenze entspricht, kann auch aus Vorkriegsdaten entnommen werden. Im Gebiet der heutigen Bundesrepublik wurden von 1928—1940 rd. 1,8 Millionen Wohnungen als Reinzugang ausgewiesen. Wenn auch der Wohnungsbegriff der Vorkriegszeit (durchschnittlich größerer umbauter Raum) nicht unmittelbar mit dem heutigen verglichen werden kann, so wird doch ungefähr klar, welcher Aufwand an Zeit und Mitteln erforderlich ist, um das augenblickliche Fehl zu beseitigen. Der in der folgenden Übersicht herausgestellte Reinzugang ergibt sich aus Neu-, Um-, Anbau abzüglich der Abgänge durch Brand, Abbruch usw. Mit dieser Einschränkung können die Zahlen jedoch im wesentlichen als Ausdruck der Wohnungsbautätigkeit angesprochen werden⁵⁾.

Reinzugänge an Wohnungen im Gebiet der Bundesrepublik 1928—1940

1928	184 300	1928—1934	982 500
1929	184 100	1935	132 400
1930	165 600	1936	171 700
1931	121 800	1937	177 000
1932	74 000	1938	160 400
1933	98 200	1939	116 300
1934	154 500	1940	61 400
1928—1934	982 500	zusammen 1928—1940	1 801 700

(Quelle: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928—1944).

Die Vorkriegsinvestitionen in der Wohnungswirtschaft (Baufwand und Aufschließungskosten für Neu- und Umbauten) betragen in Gesamtdeutschland

1935	1 563 Mill. RM	1937	2 120 Mill. RM
1936	2 207 Mill. RM	1938	2 150 Mill. RM

Die Investitionen in der Wohnungswirtschaft lagen während der Jahre 1935 und 1936 etwa in der Höhe der Investitionen der deutschen Industrie; ab 1937 stiegen letztere naturgemäß unter dem Einfluß der Rüstungswirtschaft erheblich an. Man kann auch unter Zugrundelegung der Anteile 1935—1938 für die im Gebiet der heutigen Bundesrepublik gebauten Wohnungen die Höhe der damaligen Investitionen in der Wohnungswirtschaft wenigstens größenordnungsmäßig schätzen (Gebiet der Bundesrepublik):

1935	860 Mill. RM	1937	1 170 Mill. RM
1936	1 210 Mill. RM	1938	1 180 Mill. RM

⁵⁾ S. dazu auch F. B e l o w : Maßstäbe, Die Bauwirtschaft 20/1950.

Am 16. Februar 1950 hat der Bundeskanzler auf ein alliiertes Memorandum eine Antwort der Bundesregierung bekanntgegeben, in der die Absicht ausgesprochen ist, im Rechnungsjahr 1950 2,6 Mrd. DM zur Beschaffung von 250 000 bis 300 000 Wohnungen im Bundesgebiet zu investieren. Unter Berücksichtigung der Preisveränderungen (Baukostenindex) dürfte mit dieser Summe selbst unter Beachtung der heute geringeren Durchschnittsgröße der Wohnungen nur eine Zahl von 200 000 bis 220 000 Wohnungen zu erreichen sein. Da nach den bisherigen Unterlagen (Baugenehmigungsstatistik) im Rechnungsjahr 1950 mindestens 300 000 Wohnungen errichtet werden dürften, kann die Summe der hier investierten Mittel in der Größenordnung von 3,5—4 Mrd. DM angenommen werden.

Die Statistik der Baugenehmigungen⁶⁾ ist trotz grundsätzlicher Unsicherheiten in der Lage (eine Anzahl von Genehmigungen werden nicht realisiert; der Zeitpunkt der Genehmigungen hängt oft von bürokratischen Erwägungen ab), wenigstens in Anhaltswerten den Umfang künftiger Bautätigkeit anzudeuten. Für den Wohnungsbau wurden im ersten Kalenderhalbjahr 1950 in der Bundesrepublik die Genehmigungen für 257 200 Wohnungen erteilt. Mit dieser Zahl darf unter Berücksichtigung der übernommenen unvollendeten Bauten und der in der zweiten Jahreshälfte hinzukommenden Bauanfänge tatsächlich die Fertigstellung von mehr als 300 000 Wohnungen im Rechnungsjahr 1950 erwartet werden. Bemerkenswert ist bei dem Gesamtprojekt die unterschiedliche regionale Intensität. Von den genehmigten Wohnungsbauten entfallen auf 1 000 der Bevölkerung (erstes Halbjahr 1950) in:

Bremen	7,8	Hessen	5,2
Hamburg	7,1	Baden	5,2
Württemberg-Baden	6,8	Bayern	4,9
Rheinland-Pfalz	5,9	Niedersachsen	4,4
Nordrhein-Westfalen	5,8	Schleswig-Holstein	3,6
Württemberg-Hohenzollern	5,3	Bundesgebiet (Durchschnitt)	5,4

(Quelle: Statistisches Bundesamt).

Die „Flüchtlingsländer“ Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern weisen ein Zurückbleiben hinter dem Bundesdurchschnitt auf; Bremen, Hamburg, Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen deuten auf eine relativ hohe zu erwartende Zugangsquote hin.

BAUKOSTEN

Die Veränderung der Baukosten gegenüber einem Vorkriegsvergleichsjahr kann eigentlich nur am Index der Wohnungsbaukosten (berechnet vom Statistischen Bundesamt) abgelesen werden. Trotz der Beschränkungen auf ein Teilgebiet der Bauwirtschaft dürfte doch eine gewisse Verallgemeinerung für den gesamten Bausektor zulässig sein. Der Baukostenindex ist im Gegensatz zu anderen Preiszahlen (Index der Grundstoffpreise, Preisindexziffer für die Lebenshaltung — Verbraucherpreise — mit der Basis 1938 = 100) auf 1936 basiert. Durch den unterschiedlichen Zeitpunkt der Grundlage wird naturgemäß die allgemeine Vergleichbarkeit mit den übrigen Preis-

⁶⁾ Die Baugenehmigungen im 1. Halbjahr 1950, Wirtschaft und Statistik 5/1950.

reihen eingeengt, zumal 1938 durch die Rüstungsbaukonjunktur das damalige Preisgefüge auf diesem Sektor bereits gestört war. Das Statistische Bundesamt hat deshalb, allerdings nur in der Beschränkung auf die Gesamtbaukosten, eine Berechnung auf der Grundlage 1938 = 100 (zusätzlich noch eine auf 1913 = 100) durchgeführt⁷⁾.

Die Wohnungsbaukosten in Westdeutschland (1936 = 100)

Indexgruppen	1949			1950		
	Jan.	Juni	Okt.	Jan.	April	Juli
Erdabfuhr	340	280	250	235	226	225
Baustoffe, frei Bau	245	218	202	201	197	194
darunter: Mauersteine	261	237	221	223	220	218
Kalk	188	179	170	170	166	165
Zement	152	144	141	141	142	142
Schmittholz	288	235	218	212	202	199
Baueisen	195	180	181	182	184	184
Handwerkerarbeiten	218	193	187	185	178	176
Löhne einschl. Zuschläge für Unkosten u. Verdienst u. Minderleistung	175	177	182	181	181	180
darunter: Tariflöhne einschl. Lohnnebenkosten und Minderleistung	176	177	178	177	177	176
Planung und Bauleitung	215	197	182	186	182	181
Baupolizeiliche Gebühren	208	190	192	190	186	184
Zinsen f. Baugeld d. Bauherrn	897	884	854	837	816	810
Gesamtbaukosten	214	196	191	190	186	184

(Quelle: Statistisches Bundesamt).

Unter den Indexstädten und weiteren zusätzlichen 8 Großstädten, die ebenfalls eine Berechnung der Wohnungsbaukosten in Indexform durchführen, kann ein starkes regionales Abweichen in der Entwicklung festgestellt werden. In den extremsten Fällen machte der Unterschied sogar über 25 % aus. Die Tatsache, daß innerhalb eines Wirtschaftsgebiets Preisunterschiede in Form eines geographisch gerichteten „Preisgefälles“ vorhanden sind, überrascht nicht und hat häufig zu Untersuchungen Veranlassung gegeben. Auch bei der vorliegenden Übersicht der Baukostenpreise in ihrer unterschiedlichen regionalen Veränderung gegenüber 1936 sind gewisse Zusammenhänge erkennbar. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für

Index der Gesamtbaukosten in ausgewählten Städten (1936 = 100)

Städte	1949			1950		
	Jan.	Juni	Okt.	Jan.	April	Juli
Lübeck	185	166	160	160	160	157
Hannover	188	171	167	166	162	160
Münster	190	173	172	172	173	167
Kiel	202	179	164	165	164	159
Bochum	206	191	186	183	185	185
Frankfurt	207	190	185	179	175	175
Düsseldorf	210	217	204	198	194	190
Stuttgart	218	204	200	197	193	193
Essen	214	191	185	183	184	178
Bremen	219	197	196	197	194	194
Karlsruhe	222	194	189	188	181	181
Köln	223	206	201	207	200	196
München	225	194	184	178	174	174
Hamburg	232	220	211	208	203	200
Nürnberg	237	230	210	202	200	200

(Quelle: Statistisches Bundesamt).

⁷⁾ Grundsätzliches über die Problematik des Index der Wohnungsbaukosten s. bei G. Wobbrock: Die Berechnung der Indexziffer der Baukosten und die Entwicklung der Baukosten in der Nachkriegszeit, Wirtschaft und Statistik 4/1949.

Die Werte der Tabellen stellen sich als geometrisches Mittel aus 8 „Indexstädten“ (Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Bremen, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart) dar.

die Verschiedenheit werden aber zum Teil durch andere zeitgebundene Einflüsse (Zerstörungsgrad, örtliche Nachfrage, örtliche Arbeitsmarktlage u. a.) überdeckt.

Faßt man unter den erwähnten Städten drei Gruppen zusammen (Aufteilung nach der Veränderung zwischen den Extremen), so zeigt sich, daß in der Gruppe mit der geringsten Veränderung (Lübeck, Kiel, Hannover, Münster) über eine Zeit hinweg eine gewisse Stabilität der Rangordnung vorherrscht. In der Mittelgruppe und besonders in der oberen Gruppe treten im zeitlichen Ablauf dagegen sowohl in der Rangfolge als auch in der Gruppenzugehörigkeit Verschiebungen auf. Die Gründe für diese Veränderungen sind nicht ohne weiteres zu erkennen, zu einer eindeutigen Beschreibung bedarf es gesonderter Untersuchungen.

Rangordnung nach der Höhe der Baukostenindexveränderung gegenüber 1936

Kategorie	Januar 1949	Oktober 1949	Juli 1950
geringste Veränderung	Lübeck Hannover Münster Kiel	Lübeck Kiel Hannover Münster	Lübeck Kiel Hannover Münster
nittlere Veränderung	Bochum Frankfurt Düsseldorf Stuttgart Essen Bremen	München Frankfurt Essen Bochum Karlsruhe	München Frankfurt Essen Karlsruhe Bochum
größte Veränderung	Karlsruhe Köln München Hamburg Nürnberg	Bremen Stuttgart Köln Düsseldorf Nürnberg Hamburg	Düsseldorf Stuttgart Bremen Köln Hamburg Nürnberg

Die Bewertung des Baukostenindex ist erst dann sinnvoll, wenn man die Werte zu anderen Preisberechnungen in Beziehung setzt. Für den auf 1938 = 100 umgerechneten Index der Gesamtbaukosten bietet sich vor allem der Vergleich mit den Grundstoffpreisen und der Preisindexziffer für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerfamilien (Verbraucherpreise) an. Dabei muß aber betont werden, daß die Gegenüberstellung nur den Umfang der Veränderungen in Bezug auf das Basisjahr 1938 herausstellt; der gewählte Zeitpunkt (1938 = 100) selbst zeigte bereits ein konjunkturell und strukturell bedingtes unterschiedliches Niveau der Gruppen im damaligen Gesamtpreisgefüge. Die sinkende Preistendenz zwischen Januar 1949 und Mitte 1950 war sowohl an den Baukosten als auch an den Verbraucherpreisen (Preise für die Lebenshaltungskosten in Form eines festen „Warenkorbs“ der Verbraucher) deutlich. Die Baukosten verringerten sich in diesem Zeitraum sogar relativ etwas stärker als die Lebenshaltungskosten. Demgegenüber war bei den

Grundstoffpreisen unter Schwankungen ein leichter Anstieg zu erkennen, der mehr von den Agrarstoffen als von den Industrierstoffen ausgegangen ist (Anpassung der Nahrungsmittel, Futtermittel usw. an das höhere Allgemeinpreinsniveau). Die die Bauwirtschaftskosten beeinflussenden Preise bestimmter Industrieartikel haben sich dabei unterschiedlich entwickelt. Während die Schnittholzpreise in 1 1/2 Jahren um rd. ein Drittel zurückgegangen sind, hielten sich Kalk und Zement konstant. Stabstahl und Dachziegel zogen leicht an; Mauersteine sanken im Preis etwas ab. Unter den großen Gruppenpreisbewegungen haben, am Umfang der Zunahme gegenüber 1938 gemessen, die Baukosten seit Ende 1949 eine ausgesprochene Mittelstellung zwischen Grundstoffpreisen und Verbraucherpreisen eingenommen und bisher gehalten.

Der gebietsweise Unterschied im Kostenniveau für den Wohnungsbau findet eine gewisse Parallele im Lohnniveau für das Baugewerbe. Aus der Feststellung der Lohnstatistik vom Juni 1950 („Wirtschaft und Statistik“ Nr. 6/1950) geht z. B. hervor, daß die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste für das Baugewerbe in Bayern 124,6 Dpf, in Niedersachsen 126,0 Dpf, in Nordrhein-Westfalen 131,2 Dpf, in Schleswig-Holstein 131,4 Dpf, in Württemberg-Baden 132,0 Dpf, in Hessen 132,9 Dpf, in Bremen 137,1 Dpf und in Hamburg 162,0 Dpf betragen. Da es sich sowohl um Durchschnittsbeträge nach den Leistungsgruppen der Arbeitnehmer als auch um solche innerhalb des Gebiets der einzelnen Länder handelt, sind jedoch unmittelbare Vergleiche mit der Baukostenentwicklung in den angeführten Städten nicht ohne weiteres angebracht.

Ob die Lage der Kostenreihe für die Bauwirtschaft, wie sie sich zwischen 1949 und 1950 unter den übrigen

Preisentwicklungen ausgewählter Gruppen
(1938 = 100)

Indices	1949			1950		
	Jan.	Juni	Okt.	Jan.	April	Juli
Wohnungsbaukosten	207	189	184	183	179	178
Grundstoffpreise	192	187	199	196	196	204
darunter:						
Agrarstoffe	155	164	189	168	169	176
Industrierstoffe	216	203	206	215	214	222
Stabstahl			193	205	205	205
Mauersteine	284	230	226	223	220	219
Dachziegel	191	194	194	194	199	199
Zement	158	158	158	158	158	158
Kalk	149	149	149	149	149	149
Schnittholz	246	222	204	200	192	185
Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmerfamilien (Verbraucherpreise)	168	159	155	154	153	149

(Quelle: Statistisches Bundesamt).



NORDDEUTSCHE BANK IN HAMBURG
früher Deutsche Bank
HAMBURG 11, ALTER WALL 37/53 * TELEFON: 32 17 61 und 32 18 34
Außenhandelsbank

Preisentwicklungen ausgewählter Gruppen

(1913/14 = 100)

Indices	Jahresdurchschnitt ¹⁾						
	1928	1929	1931	1933	1935	1937	1938
Gesamtpreise ²⁾	146	145	123	105	112	115	115
Baukosten	175	178	156	126	132	135	136
Großhandelspreise	140	.	111	93	102	106	106
darunter:							
Agrarstoffe	184	.	104	87	102	105	106
industrielle Rohstoffe und Halbwaren	134	.	103	88	92	96	94
industrielle Fertigwaren	159	.	136	113	119	125	126
Lebenshaltungskosten (Verbraucherpreise)	152	154	136	118	123	125	126

¹⁾ Ohne Kommastellen — abgerundete Werte.

²⁾ Ungewogenes geometrisches Mittel aus der Indexziffer der Großhandelspreise und der der Lebenshaltungskosten (Verbraucherpreise).

(Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich — Statistisches Handbuch von Deutschland 1928—1944).

Gruppenreihen herausgebildet hatte, einer „normalen“ Entwicklung entspricht, kann nur entschieden werden, wenn man die Verhältnisse der Jahre vor Kriegsbeginn betrachtet und hierbei wiederum auf einen entsprechenden Basiszeitpunkt zurückgreift. Für diese Bewertung besteht außerdem der Vorteil, daß die Grundlage (1913/14 = 100) durchaus ein ausgewogenes Preisgefüge in allen Gruppen aufweist. Im Zeitraum 1928—1939, der besonders durch die Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise um die dreißiger Jahre sein Gesicht erhielt, lagen die Baukosten durchweg auf einem höheren Stand, verglichen mit 1913/14, als die Großhandelspreise, die Verbraucherpreise und die Gesamtpreise.

Um den Unterschied der Entwicklung zwischen den Jahren vor Beginn des zweiten Weltkrieges und der Gegenwart deutlich erkennen zu können, wäre die Weiterführung aller Indexberechnungen für Preise auf der Basis 1913/14 = 100 von großem Vorteil. Diese Reihen liegen (mit Ausnahme der Gesamtbaukosten) nicht vor; ihrer Aufstellung dürften auch erhebliche methodische Schwierigkeiten entgegenstehen. Man kann deshalb unter Bezug auf das Basisjahr nur allgemeine Angaben machen, die aber in den Feststellungen doch charakteristisch sind: Zwischen den beiden Weltkriegen hat man im Vergleich zu 1913/14 einen höheren Aufwand für Baukosten zu tragen gehabt als für die Lebenshaltungskosten; d. h. man baute teurer als man lebte — und man baute außerdem teurer als man produzierte (Beispiel: Großhandels- und Grundstoffpreise). Seit Ende 1949 liegen, verglichen mit 1938, die Baukosten höher als die Verbraucherpreise, aber nicht so hoch wie die Grundstoffpreise; vor allem das Industrieprodukt stellt sich heute gegenüber 1938 teurer als das Bauwirtschaftsprodukt.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Bauwirtschaft ist ein organisches Element der Gesamtwirtschaft; ihr Leistungsumfang läßt sich trotz dringenden Bedarfs nicht über ein bestimmtes Maß ausdehnen. Die Betrachtung der westdeutschen Bauwirtschaft weist eindeutig auf einen solchen Zusammenhang hin. Die Leistungen dieses Wirtschaftszweiges stehen in einem bestimmten Verhältnis zur volks-

wirtschaftlichen Gesamtleistung (wertmäßig und nach dem Produktionsumfang). Auch zahlenmäßig kristallisieren sich diese Relationen mit allgemein fortschreitender Stabilisierung der Verhältnisse mehr und mehr heraus.

Die künftig zu erwartende höhere Belastung des Volkseinkommens durch Sicherheitsaufgaben wird für die Bauwirtschaft gewisse Hemmungen sowohl von der Investitionsseite als auch mit stärkeren Verflechtungen der westdeutschen Produktion im Rahmen einer überstaatlichen wehrwirtschaftlich ausgerichteten Ökonomie von der Materialseite her bringen. Der Wohnungsbau dürfte hierbei als Punkt geringsten Widerstandes stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als die übrigen „produktiven“ Bauvorhaben. Zwischen Bedarf und Möglichkeiten klafft besonders auf dem Wohnungsbausektor eine erhebliche Lücke, wie sie in „normalen“ Zeiten niemals auftritt. So wie die Dinge liegen, kann das 1950 hier Erreichte als Ergebnis größter Anstrengungen und als Maximum des Zusammenspiels aller binnenwirtschaftlichen Markteinflüsse (trotz einiger zeitlicher und örtlicher Hemmnisse) angesehen werden. Vom sozialen Standpunkt aus gilt der heutige Wohnungsbestand in Westdeutschland als völlig unzureichend. Die durch eine übermäßige Wohndichte hervorgerufenen Verhältnisse mit allen Nebenerscheinungen bilden unzweifelhaft soziale Krisenherde heraus. Auf der anderen Seite muß aber jeder Versuch, die Dinge nur unter diesen Gesichtspunkten zu sehen und zu ordnen, zu Rückwirkungen auf die in die Weltwirtschaft hineinwachsende westdeutsche Produktion führen, die weder erwünscht noch überhaupt ökonomisch möglich sind.

Diese Erwägungen müssen klar herausgestellt werden, weil weder im Inland noch im Ausland eine genügende Einsicht in die Zusammenhänge zu bestehen scheint. Der noch vor nicht allzulanger Zeit gehörte Vorwurf ausländischer Stimmen, Westdeutschland sollte erst seine Kriegszerstörungen an Wohngebäuden und Arbeitsstätten beseitigen, bevor es durch seine industriellen Exporte auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftritt, stellt eine völlige Verkennung unserer Lage dar.

Von der betrieblichen Seite der Bauwirtschaft her scheinen noch verschiedene unausgenutzte Möglichkeiten der Rationalisierung und technischen Ausgestaltung vorzuliegen; inwieweit hierbei ausländische Vorbilder und Verfahren herangezogen werden können, ist eine Frage der Baubetriebswirtschaftsforschung.

Die Preisentwicklungen am westdeutschen Baumarkt zeigen folgendes Bild: Gegenüber 1938 liegen gegenwärtig die Kosten auf einem höheren Niveau als die Verbraucherpreise in der Beschränkung auf einen festen „Warenkorb“ für Arbeitnehmerhaushaltungen. Verglichen mit den Grundstoffpreisen (hierbei vor allem mit den Preisen für Industriestoffe) ist ein Zurückbleiben gegenüber dem Basiszeitpunkt von 1938 zu erkennen. Das entsprechende Bild der Vorkriegszeit wies zwischen 1928 und 1939 (bezogen auf 1913 = 100) einen höheren Stand der Baukosten als der übrigen Preise auf.